



Innenausschuss (37.) (öffentlich)

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

6. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen zum Thema „Loverboy-Methode“ pflichtig zu beteiligen.

1 Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5197

Stellungnahme 17/1426
Stellungnahme 17/1556
Stellungnahme 17/1555
Stellungnahme 17/1398

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Innenausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

2 Erkenntnisse zu Missbrauchsfällen in Lügde und im Kreis Minden-Lübbecke (s. Anlagen 1 und 2) 11

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2148
Vorlage 17/2207

3 Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten 20

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5074

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

4 Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5637

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Kultur und Medien nachrichtlich zu beteiligen.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5976
Vorlage 17/2159

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

6 Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) 23

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6147

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu klären.

7 Sicherheitsdefizite für Flugpassagiere beseitigen – Landesregierung muss sich für die Bündelung aller Luftsicherheitsaufgaben in staatlicher Hand einsetzen 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6258

Der Ausschuss kommt überein, das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu klären.

- 8 Bunt, bunter, Straßenblockaden! Die Landesregierung muss ein tragfähiges Handlungskonzept gegen Chaoshochzeiten vorlegen!** 25

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6262

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu klären.

- 9** **Angriffe auf Schweineställe in NRW (s. Anlage 3)** **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2131

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 10 | Razzia wegen Terrorhilfe in Oberhausen (s. Anlage 4) | 27 |
|-----------|---|-----------|

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2133

- 11 Männer umzingeln und belästigen eine Frau und attackieren im Anschluss die Polizei (s. Anlage 5)** **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2132

- 12 Expandieren die Verfassungsfeinde von „Realität Islam“ auch nach Nordrhein-Westfalen? (s. Anlage 5)** **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2135

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

- 13 Grüne, Jusos und andere linksradikale Gruppen verhindern den freien Diskurs mit Aggressionen (s. Anlage 5) 31**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2134
- 14 Wie ist die Haltung der Landesregierung zur Bundesratsinitiative von Niedersachsen und Bremen zur Verschärfung des Waffenrechts? (s. Anlage 6) 32**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2141
- 15 Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung gegen die hohe Zahl von Fahrraddiebstählen? (s. Anlage 6) 33**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2149
- 16 Wie will die Landesregierung einen besseren Schutz vor Telefonbetrügern sicherstellen? (s. Anlage 6) 34**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2140
- 17 Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung bei minderjährigen Intensivtätern? (s. Anlage 6) 35**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2155
- 18 Welche Hintergründe sind über die Explosion in Hemer-Westig bekannt? (s. Anlage 6) 37**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2150

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

19 Investitionen in die Infrastruktur der Polizei gefährdet? (s. Anlage 1) 38

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2139

20 Demonstrationen von „Die Rechte“ im Vorfeld der Europawahl (s. Anlage 1) 39

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2137

21 Rechtsextreme Plakate im Europawahlkampf (s. Anlage 1) 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2151

22 Belastungsbezogene Kräfteverteilung der Polizei (BKV) 2018 und 2019 (s. Anlage 1) 42

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2142

23 Polizeiverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kreispolizeibehörden (s. Anlage 1) 43

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2136

24 Rechtsextremes Fest am 15. Juni in Olpe (s. Anlage 1) 44

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2144

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

**25 Disziplinarrechtliche Überprüfung der Aussagen eines Bochumer
Polizisten (s. Anlage 1) 46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2138

**26 Umsetzung der Empfehlungen des Projektes „Feuerwehrensache“
(s. Anlage 1) 47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2143

**27 Sachstand im Hinblick auf rechtsextremistische Provokation vor Moschee
in Mönchengladbach (s. Anlage 7) 48**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2208
Vorlage 17/2209

* * *

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5976
Vorlage 17/2159

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, der federführende Integrationsausschusses strebe ein zügiges Beratungsverfahren an und wolle in seiner Sitzung am 3. Juli 2019 über die Beschlussempfehlung abstimmen. Deshalb habe der Ausschuss die Landesregierung gebeten, die im Rahmen der Verbändeanhörung eingegangenen Stellungnahmen zu übermitteln, die seit heute mit Vorlage 17/2159 vorlägen. Der Innenausschuss werde erst nach dem Integrationsausschuss tagen, sodass er vorschlage, kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

